

1. Sitzung

am Dienstag, dem 4. Juli 1995

Inhalt

Eröffnung der konstituierenden Sitzung

Abg. Lenz (AFB)	3
Eintritt der Abgeordneten Viola Mull (CDU) in die Bürgerschaft	3
Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung ..	5
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung ..	5

Feststellung der Geschäftsordnung**Wahl des Vorstandes**

a) Wahl des Präsidenten	7
b) Wahl der Vizepräsidenten	9
c) Wahl der Schriftführer	10

Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft

Antrag der Fraktion BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 30. Juni 1995
(Drucksache 14/5)

Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes

Antrag der Fraktion BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 30. Juni 1995
(Drucksache 14/4)
1. Lesung

Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD,
der CDU und der AFB
vom 3. Juli 1995
(Drucksache 14/6)
1. Lesung
2. Lesung

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mit-
gliederzahl des Senats sowie des Stellenplans
der Freien Hansestadt Bremen für das Haus-
haltsjahr 1995**

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 3. Juli 1995
(Drucksache 14/7)

1. Lesung
2. Lesung

Abg. Mützelburg (BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11
Abg. Isola (SPD)	12
Abg. Pflugradt (CDU)	13
Abg. Lojewski (AFB)	14
Abstimmung	15

Wahl des Senats

a) Wahl des Präsidenten des Senats	16
b) Wahl der übrigen Mitglieder des Senats ..	17

Vereidigung des Senats

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Kastendiek, Frau Striezel.

Abg. Lenz

Schriftführerin Hammerström

Schriftführer Ravens

Schriftführerin Spieker

Präsident Metz

Vizepräsident Dittbrenner

Schriftführer Hettling

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten und
für Justiz und Verfassung

Bürgermeister **Nölle** (CDU), Senator für Finanzen

Senator für Häfen, überregionalen Verkehr und Außenhandel und
für Arbeit **Beckmeyer** (SPD)

Senator für Inneres **Borttscheller** (CDU)

Senatorin für Bildung, Wissenschaft, Kunst und Sport **Kahrs** (SPD)

Senator für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie
und Europaangelegenheiten **Perschau** (CDU)

Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung **Dr. Schulte** (CDU)

Senatorin für Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales
und Umweltschutz **Wischer** (SPD)

Präsident des Rechnungshofs Dr. Meyer-Arndt

(A) Abg. Lenz eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr.

Abg. Lenz (AFB): Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, mir ist die Aufgabe übertragen worden, die erste Sitzung der am 14. Mai 1995 gewählten Bremischen Bürgerschaft (Landtag) der vierzehnten Wahlperiode zu eröffnen. Diese Ehre wurde mir deswegen zuteil, weil es offenbar niemanden in diesem Hause gibt, der vor dem 27. Dezember 1927 geboren wurde. Dennoch frage ich der Ordnung halber, ob sich womöglich doch noch ein älterer Abgeordneter im Saal befindet, falls ja, mag er sich ohne Scheu melden.

(Heiterkeit)

Offensichtlich bin ich tatsächlich mit meinen 67 Jahren das älteste Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und übe deshalb zu Recht das Amt des Alterspräsidenten aus.

Indem ich Ihnen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Glückwünsche zu Ihrer Wahl in dieses Parlament ausspreche, bringe ich zugleich die Hoffnung zum Ausdruck, daß Sie Ihr verantwortungsvolles Amt mit Fleiß und Mut im Sinne guter bremischer Tradition ausüben mögen. Ganz besonders heiße ich die 40 Damen und Herren herzlich willkommen, die gleich mir zum ersten Mal als gewählte Mitglieder in dieses Haus eingezogen sind.

(B) Ich begrüße die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen, denen es obliegt, der Bevölkerung das zu vermitteln, was in diesem Hohen Hause diskutiert und beschlossen wird, und denen ich, ohne ein Risiko eingehen zu müssen, ertragreiche, um nicht zu sagen fette journalistische Jahre voraussage.

Ich begrüße außerdem eine Gruppe Berufsschüler für Metalltechnik der Berufsschule Reiherstraße, eine Gruppe der Frauen-Union, Kreisverband Bremen-Stadt, eine Gruppe Berufsschüler des Schulzentrums Huckelriede.

(Beifall)

Der Wahlleiter hat mir mitgeteilt, daß mit sofortiger Wirkung Frau Viola Mull als Listennachfolgerin für den aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Peter Kudella in die Bürgerschaft eingetreten ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Land Bremen befindet sich zur Zeit in einer der größten Krisen seit seinem Bestehen. In unserem Land, das einstmals als Vorbild für ein funktionierendes, prosperierendes und die Freiheit der Menschen förderndes Gemeinwesen galt, macht sich seit Jahren mit zunehmender sozialer Unsicherheit und mit den Sorgen des einzelnen um seine persönliche Zukunft ein politischer Motivationsmangel bemerkbar, dessen Auswirkungen uns zuletzt bei den Wahlen am 14. Mai 1995 in erschreckender Weise vor Augen geführt wurde. Wenn inzwischen 160 000 Menschen der Wahlurne fernbleiben und damit ihre Stimm-

abgabe verweigern, dann ist das ein bedrohlicher Hinweis darauf, daß irgend etwas in unserem Land nicht in Ordnung sein kann.

(Beifall bei der AFB)

Daß etwas nicht in Ordnung ist, spüren wir doch täglich selbst, ohne allerdings sagen zu können, wo die Ursachen dafür im einzelnen liegen. Ist es die hohe Arbeitslosigkeit in unserem Land, von der Bremerhaven besonders betroffen ist, oder sind es die hinlänglich bekannten finanziellen und wirtschaftlichen Probleme unseres Landes? Waren es falsche politische Entscheidungen, die das Abneigungspotential der Menschen gegen die Politik im allgemeinen und gegen die Politiker im besonderen wachsen ließen?

Hat die in allen Parteien vertretene politische Spezies mit schuld, für die der praktizierte Opportunismus ebenso zur Normalität des Alltags gehört wie der Verkauf falscher politischer Träume? Welche Rolle spielen die Leisetreter und Ängstlichen, die oft lieber staatliche Autorität in Frage stellen lassen, als Interessenverbänden unnachgiebig ihre Grenzen aufzuzeigen und Gruppenwünschen auch einmal ein entschiedenes Nein entgegenzusetzen?

Wie groß ist der Anteil an der Politikverdrossenheit, die durch das eher laxe Auftreten der staatlichen Gewalt gegenüber Zerstörungskriminalität in unserem Land hervorgerufen wird? Oder liegen die Ursachen der Wahlabstinenz ganz einfach darin, daß immer mehr Menschen die Ansicht jenes ammerländischen Bauern teilen, der auf die Frage, was ist Politik, knapp antwortete, Politik is anners seggen as doon?

Meine Damen und Herren, die Probleme, die wir in diesem Hause in den kommenden Jahren zu lösen haben, und die Entscheidungen, die wir in diesem Zusammenhang treffen müssen, beinhalten aber auch alles, was das gestörte Verhältnis der Menschen gegenüber der Politik noch verschlimmern wird. Doch uns bleibt überhaupt keine Wahl. Wir müssen das Tal der Leiden durchqueren und mancherlei Unbill in Kauf nehmen, wenn wir das Land Bremen vor dem Untergang retten wollen.

Darum dürfen wir auch nicht mehr zögern, den Menschen in unserem Land schonungslos die Wahrheit über das zu vermitteln, was sie jetzt erwartet. Nur so werden die Bürgerinnen und Bürger, die über viele Jahre die Leistungen des Landes und der bei den Städten wie ein selbstverständliches Geschenk entgegengenommen haben, erkennen können, daß es jetzt an ihnen selbst liegt, ob unser Land eine Zukunft hat oder nicht. Sobald den Menschen bewußt geworden ist, daß es für sie mit Sicherheit besser ist, für eine gewisse Zeit auch eigene Ansprüche weiter zurückzustellen als sonst in einem anderen Bundesland, ganz gleich, wie es aussehen mag, einen dann allerdings noch weitaus schmerzlicheren Abbau von Leistungen der öffentlichen Hand auf Dauer hin-

(C)

(D)

- (A) nehmen zu müssen, ist der Weg frei für die große, uns gemeinsam verpflichtende Aufgabe, die Rettung des Bundeslandes Bremen.

Bis dahin liegt noch ein hartes Stück Arbeit vor uns, und wir müssen uns darauf einrichten, daß wegen der unpopulären Sparentscheidungen, die dieses Haus treffen muß, nicht der Beifall, sondern der Zorn der Menschen uns über eine längere Zeit begleiten wird. Uns bleibt allerdings der Trost der Worte Catos, daß Unpopularität, gewonnen aus richtiger Handlungsführung, nicht Unpopularität bedeutet, sondern Ruhm. Ob es uns gefällt oder nicht, wir müssen Unpopularität, dieses schwere Kreuz für jeden Politiker, um der richtigen Handlungsführung willen in Kauf nehmen. Nur so bleibt Bremen ein Bundesland, und nur so wird die Politik ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnen.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, nach dem für uns alle erfreulichen Ausscheiden der unerträglichen DVU aus diesem Parlament können wir wieder frei atmen.

(Beifall)

- (B) Zugleich registrieren wir nicht ohne Genugtuung, daß die neue Zusammensetzung dieses Hauses nach den bisher bekannten Äußerungen unisono Verfechter der zügigen Umsetzung des Sanierungsprogramms des Landes ist. Das ist gut so, weil nach der Bremer Erklärung zum Sanierungsprogramm vom November 1992 sich keine Regierung der ständigen und vornehmlichen Pflicht entziehen kann, sich schneller als bisher und wirksamer als begonnen der Sanierung unseres Landes anzunehmen.

Ich denke, der Opposition wird darum auch kein Zacken aus der Krone fallen, wenn sie in diesem zentralen Punkt bremischer Politik ihre Aufgabe in einer aktiven Unterstützung der Regierung sieht. Wenn es nämlich nicht gelingt, die haushaltswirtschaftliche Handlungsfähigkeit unseres Landes wiederherzustellen und in dieser für unser Land lebenswichtigen Frage Gemeinsamkeit zu demonstrieren, dann wird es die Opposition vermutlich bald überhaupt nicht mehr geben, weil sie gemeinsam mit der Landesregierung und dem ganzen Parlament auf Nimmerwiedersehen im Bauch eines anderen staatlichen Gebildes verschwinden könnte. Darum muß den Regierungsparteien und der Opposition dringend daran gelegen sein, die Hilfen des Bundes und der Bundesländer mit einer konsequenten Sparpolitik eng zu verknüpfen. Gelingt uns das nicht, dann wird die Eigenständigkeit unseres Landes sowieso schon bald keinen Pfifferling mehr wert sein.

Der Bürgerschaft, meine Damen und Herren, die heute zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten ist, wird eine Aufgabe zufallen, die in ihrer außerordentlichen Bedeutung den wichtigen Entscheidungen der ersten Parlamente nach 1945 gleichkommt. Damals galt es, aus den materiellen und geistigen Trümmern, die der Faschismus hinterlassen hatte, ein

Land zu formen, in dem die Menschen sozial gesichert in Freiheit ihr Leben sinnvoll organisieren konnten. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben das seinerzeit in hervorragender Weise geschafft.

Heute geht es zwar nicht mehr darum, ein Land zu formen, und Freiheit ist für uns selbstverständlich, heute geht es darum, unser Land in seiner Existenz zu retten. Die erste 1946 gewählte Bremische Bürgerschaft war das Gründungsparlament unseres Landes. Die 1995 gewählte vierzehnte Bürgerschaft ist unstreitig das Sanierungsparlament für unser Land. Wir müssen alles tun, damit die fünfzehnte Bremische Bürgerschaft nicht das Beerdigungsparlament für unser Land wird.

Vier Jahre hat dieses Sanierungsparlament Zeit, seine historische Verpflichtung zu erfüllen. Vier Jahre bleiben uns, das Land Bremen zu retten, das wir als wertvolles Geschenk von den Männern und Frauen erhielten, die verfolgt und geschunden der Hitlerdiktatur trotzten, die den schrecklichen Krieg überlebten und die in Zeiten eines heute unvorstellbaren Nachkriegselends die Vision von einem freien demokratischen Land zu verwirklichen begannen. Diesen Frauen und Männern gegenüber haben wir eine große Verantwortung. Ihr uns überlassenes historisches Erbe dürfen wir nicht aufs Spiel setzen.

In der ersten frei gewählten Bürgerschaft nach 1945 erklärte Wilhelm Kaisen, der damals die Eröffnungsrede hielt, wörtlich: „Wir müssen uns immer bewußt bleiben, daß wir zusammengehören zu einem großen Ganzen und daß wir zusammenwirken müssen, wenn wir in Bremen überhaupt wieder leben wollen.“ Kaisen sagte weiter: „Es hilft uns in dieser verzweifelten Lage nur das eine, daß wir die Arbeit anpacken und uns unter der Fahne der Einigkeit sammeln, um aus dieser Not wieder herauszukommen.“

Diese Sätze des unvergessenen Präsidenten des Senats, Wilhelm Kaisen, klingen auf die heutige Situation bezogen geradezu als Vermächtnis. Für die Zukunft ist in diesem Hause wie in den ersten Elendsjahren nach 1945 wieder mehr Gemeinsamkeit angesagt, ohne dabei in die lähmende Kumpanei des Seidnett-Zueinander zu gleiten. Gemeinsamkeit, das heißt in diesem Falle, in der Existenzfrage unseres Landes nicht in kleinkariertes Aufrechnen zu verfallen und die Kritik um der Kritik willen zum oppositionellen Kredo zu machen. Die Sanierung der bremischen Staatsfinanzen bei gleichzeitiger Verbesserung der Wirtschaftsstruktur läßt keinen Raum, weder für politische Eitelkeiten noch für Besserwisseri. Es geht jetzt zuerst um das Überleben Bremens, und dahinter hat alles andere zurückzustehen.

Meine Damen und Herren, in zwei Jahren steht das Land Bremen auf dem Prüfstand des Bundes und der deutschen Bundesländer. Die Frage, die man uns dann stellen wird, erwartet eine plausible Antwort und keine Ausreden. Die Frage wird lauten: Was habt ihr getan mit den Milliarden DM, die wir euch zur Beseitigung eures Haushaltsnotstandes gegeben

(C)

(D)

- (A) haben? Unsere Antwort muß überzeugend sein und hoffentlich auch der Wahrheit entsprechen. Wir haben mit großem Einsatz an Intelligenz, an Fleiß, Mut und Kraft und unter Inkaufnahme mannigfachen Ärgers sowohl den Einstieg in die Sanierung der bremischen Finanzen als auch in die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in unserem Zwei-Städte-Staat geschafft. Wir haben also die Bedingungen erfüllt, die an die Hergabe der 9,4 Milliarden DM geknüpft waren, und damit das Recht erworben, als kleinstes Bundesland mit einer doch großen Zukunft weiterzuleben.

Damit unsere Antwort so positiv ausfallen kann, dürfen wir jetzt keinen Tag mehr verlieren! Meine Damen und Herren, gehen wir an die Arbeit! Die erste Sitzung der bremischen Sanierungsbürgerschaft ist hiermit eröffnet.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, die Geschäftsordnung der dreizehnten Wahlperiode zunächst zur gemeinsamen Verfahrensgrundlage bis zur Feststellung der Geschäftsordnung zu machen. — Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Um die Abwicklung der Sitzung bis einschließlich der Wahl des Vorstandes ordnungsgemäß durchführen zu können, sind folgende drei vorläufige Schriftführer benannt worden: von der SPD-Fraktion die Abgeordnete Frau Waltraud Hammerström, von der CDU-Fraktion der Abgeordnete Ravens und von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Thomas.

(B)

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Habe ich etwas Falsches gesagt? Da habe ich ein falsches Papier beim Wickel gehabt! Das hat sich inzwischen ein bißchen geändert. Was die SPD und die CDU angeht, bleibt es dabei, doch für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Abgeordnete Frau Maria Spieker vorgeschlagen worden.

Ich gehe davon aus, daß das Haus mit diesem Verfahren sowie der Benennung einverstanden ist. — Ich höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich bitte die Abgeordneten, sich für diese Aufgabe bereitzuhalten. Die Abgeordnete Maria Spieker bitte ich, schon jetzt an meiner linken Seite Platz zu nehmen und mir bei der weiteren Verhandlung zu helfen. Sie sind auch neu, wie ich.

(Heiterkeit)

Folgende Eingänge liegen vor:

1. Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30. Juni 1995, Drucksache 14/5.
2. Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30. Juni 1995, Drucksache 14/4.

3. Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes, Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und der AFB vom 3. Juli 1995, Drucksache 14/6.

(C)

4. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats sowie des Stellenplans der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1995, Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 3. Juli 1995, Drucksache 14/7.

Ich schlage vor, diese Anträge noch auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu nehmen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich möchte Ihnen noch mitteilen, daß zum Tagesordnungspunkt 16, Versenkung von Olförderplattformen, eine Neufassung eingegangen ist.

Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

Eingaben gemäß Paragraph 70 der Geschäftsordnung

1. Schreiben der Evangelischen Akademikerschaft mit einer Resolution zu Stellung und Wertung ehrenamtlicher Arbeit in der Gesellschaft.
2. Schreiben des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages mit einer Petition des Bundesverbandes Psychiatrie-Erfahrener.
3. Schreiben des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages mit einer Petition zu Pensionen und Übergangsgeldern von Abgeordneten.
4. Schreiben von Frau Prof. Dr. Ingeborg Flagge zur Zusammenlegung der Ressorts Bau und Stadtentwicklung.

(D)

Die Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen. Es soll wie folgt verfahren werden:

Heute vormittag nehmen wir die Feststellung der Geschäftsordnung sowie die Wahl des Präsidiums der Bremischen Bürgerschaft vor, wobei geheime Wahl in Wahlkabinen vorgesehen ist. Die Wahl und anschließende Vereldigung des Präsidenten und der übrigen Mitglieder des Senats soll am Dienstag nachmittag, also heute, um 14.30 Uhr stattfinden, wobei ich Ihnen zusätzlich zu den interfraktionellen Absprachen vorschlage, auch für die Wahl des Senats geheime Wahlen in Wahlkabinen vorzusehen. Im übrigen soll die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) heute nach der Wahl und der Vereldigung der Mitglieder des Senats beendet werden.

Des weiteren rege ich an, die Anträge mit den Drucksachen-Nummern 14/5, Änderung der Geschäftsordnung, 14/4, Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes, 14/6, Gesetz zur Änderung des

- (A) Deputationsgesetzes, sowie 14/7, Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats, die im Anschluß an die Wahl des Präsidiums behandelt werden sollen, in der Beratung miteinander zu verbinden.

Bei den Anträgen der Fraktion BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Drucksachen-Nummern 14/5, Änderung der Geschäftsordnung, und 14/4, Änderung des Deputationsgesetzes, ist die Überweisung an den noch zu wählenden Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß vorgesehen. Bei den Anträgen Drucksachen-Nummern 14/6, Änderung des Deputationsgesetzes, und 14/7, Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats, soll Einverständnis erzielt werden, heute sowohl die erste als auch die zweite Lesung vorzunehmen.

Außerdem ist noch vereinbart worden, die Tagesordnungspunkte 13, Jahresbericht zur Haushaltsentwicklung, 14, Jahresbericht 1994, Sanierung der bremischen Haushalte, und 17, Einführung der Zweiten Stufe ISA-D, auszusetzen sowie die Fragestunde, die Aktuelle Stunde und die Wahlen zu Deputationen und Ausschüssen am morgigen Mittwoch durchzuführen.

Wird dazu das Wort gewünscht?

Ich sehe, Sie sind mit der interfraktionellen Absprache einverstanden. Trotzdem lasse ich darüber abstimmen.

- (B) Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!
Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich stelle weiter fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen Kenntnis geben, daß die Fraktion der SPD den Abgeordneten Christian Weber zum Vorsitzenden und die Abgeordneten Barbara Klöpper und Wilfried Töpfer zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt hat. Bei der Fraktion der CDU ist der Vorsitzende der Abgeordnete Ronald-Mike Neumeyer, stellvertretende Vorsitzende sind die Abgeordneten Elisabeth Motschmann, Helmut Pflugradt und Bernd Ravens. Die Fraktion BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat zu gleichberechtigtem Sprecher beziehungsweise gleichberechtigter Sprecherin die Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein und Dieter Mützelburg gewählt. Nach ihrem Ausscheiden aus dem Senat wird Frau Dr. Helga Trüpel ebenfalls Sprecherin. Die AFB-Fraktion hat die Abgeordneten Elke Kröning, Andreas Lojewski und Friedrich Rebers zu gleichberechtigten Sprechern beziehungsweise gleichberechtigter Sprecherin gewählt, wobei der Abgeordnete Andreas Lojewski in den ersten sechs Monaten als Fraktionsvorsitzender fungiert.

Meine Damen und Herren, wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

Feststellung der Geschäftsordnung

(C)

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß der Antrag der Fraktion BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft, mit der Drucksachen-Nummer 14/5, den ich sonst mit diesem Tagesordnungspunkt verbunden hätte, gemäß der soeben beschlossenen interfraktionellen Absprache gemeinsam mit den Anträgen mit den Drucksachen-Nummern 14/4 und 14/6, Änderung des Deputationsgesetzes, und 14/7, Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats, im Anschluß an die Wahl des Präsidenten aufgerufen wird.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer zustimmen möchte, daß wir so verfahren, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Es ist einstimmig so beschlossen.

Wahl des Vorstandes

- a) Wahl des Präsidenten
- b) Wahl der Vizepräsidenten
- c) Wahl der Schriftführer

(D)

Gemäß Artikel 86 unserer Landesverfassung wählt die Bürgerschaft für ihre Wahlperiode ihren Präsidenten, die Vizepräsidenten und die Schriftführer. Interfraktionell ist vereinbart worden, daß der Vorstand aus sechs Personen besteht, neben dem Präsidenten zwei Vizepräsidenten beziehungsweise Vizepräsidentinnen und drei Schriftführer beziehungsweise Schriftführerinnen gewählt werden.

Wird hierzu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wer damit einverstanden ist, daß der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft aus sechs Personen besteht, also neben dem Präsidenten zwei Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen und zwei Schriftführer/Schriftführerinnen, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Es ist so beschlossen.

(Einstimmig)

Gemäß Paragraph 9 der Geschäftsordnung ist der neue Vorstand der Bürgerschaft in der ersten Sitzung in der durch Artikel 86 der Landesverfassung bestimmten Reihenfolge mit absoluter Mehrheit zu wählen. Bei der Zusammensetzung des Vorstandes sind in der Regel die Fraktionen der Bürgerschaft nach ihrer Stärke zu berücksichtigen.

(A) Wir kommen jetzt zu

a) Wahl des Präsidenten.

Für die Wahl des Präsidenten hat die Fraktion der CDU den Abgeordneten Reinhard Metz vorgeschlagen.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Meine Damen und Herren, es ist vereinbart worden, diese Wahl gemäß Paragraph 58 unserer Geschäftsordnung als geheime Wahl in Wahlkabinen durchzuführen. Ich gebe Ihnen jetzt ein paar Regularien für den Ablauf der Wahl bekannt.

Die Ausgabe der Stimmzettel und Wahlumschläge erfolgt nach Namensaufruf an dem Tisch rechts neben den Wahlkabinen. Bitte gehen Sie dann mit Ihrem Stimmzettel in eine der beiden Wahlkabinen, sofern diese frei ist, und vermerken dort Ihre Wahlentscheidung auf dem Stimmzettel! Das hört sich ja putzig an, nicht wahr?

(Heiterkeit)

Wenn sie frei ist, was soll man wohl sonst machen?

(Heiterkeit)

(B) Sie haben die Möglichkeit, mit Ja oder Nein oder Stimmenthaltung zu entscheiden. Sie müssen also die entsprechende Rubrik Ihrer Wahlentscheidung ankreuzen. Fehlt eine Kennzeichnung, gilt die Stimme als nicht abgegeben. Enthält der Stimmzettel mehr Kennzeichen, als zu wählen ist, ist er ungültig. Falten Sie den Stimmzettel in der Wahlkabine einmal, und stecken Sie ihn noch dort in den mitgegebenen Wahlumschlag! Es wird darum gebeten, den Umschlag nicht zuzukleben. Begeben Sie sich dann zu dem Tisch, wo die Wahlurne aufgestellt ist, und werfen den Stimmzettel in die Wahlurne!

Das ist aber genau dargestellt, das muß wohl so sein. Nach den Pannen, die hier schon passiert sind, wundert mich das gar nicht!

Ich weise noch darauf hin, daß die Schriftführer Stimmzettel zurückzuweisen haben, die erstens außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder in den Wahlumschlag gelegt wurden, zweitens nicht in den Wahlumschlag gelegt wurden, drittens sich in einem Wahlumschlag befinden, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält, Pistole oder ähnliches.

(Heiterkeit)

Stimmzettel, die Zusätze oder Kennzeichnungen enthalten, sind ungültig, wenn sie den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder die Person des Wählers erkennbar wird. Sollte sich ein Abgeordneter beim Ausfüllen des Stimmzettels ver-

schreiben, kann er beim Schriftführer gegen Rückgabe des alten Stimmzettels einen neuen Stimmzettel erhalten.

Meine Damen und Herren, ist das jetzt klar?

Wir kommen jetzt zur Wahl.

Ich bitte die von der Fraktion der SPD und der CDU benannten Schriftführer, die Abgeordneten Waltraud Hammerström und Bernd Ravens, an der Abgabe der Stimmzettel beziehungsweise an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Ich rufe jetzt in alphabetischer Reihenfolge die Namen der Abgeordneten auf und bitte Sie, dann zur Wahl zu gehen.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben haben. Dann ist der Wahlgang beendet.

Wir kommen zur Auszählung der abgegebenen Stimmen. Ich bitte die Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen!

Ich unterbreche die Sitzung für eine Viertelstunde.

(Unterbrechung der Sitzung 10.59 Uhr)

*

Abg. Lenz eröffnet die Sitzung wieder um 11.10 Uhr.

Abg. Lenz (AFB): Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis der Wahl des Präsidenten der Bürgerschaft bekannt. Abgegebene Stimmen 98, vernichtete Stimmzettel null. Mit Ja haben gestimmt 96 Abgeordnete.

(Beifall)

Es gab aber dennoch zwei Neinstimmen.

(Heiterkeit)

Alle Stimmen waren gültig, der Stimme enthalten hat sich niemand.

Herr Abgeordneter Reinhard Metz, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Abg. Metz [CDU]: Ja, Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich darf im Namen aller, die hier anwesend sind, dem neuen Präsidenten für sein neues Amt alles Gute und viel Erfolg wünschen. Ich bitte Sie nun, den Platz, den ich bisher eingenommen habe, einzunehmen und mich zu entlassen.

(Beifall — Präsident Metz übernimmt den Vorsitz.)

(C)

(D)

- (A) **Präsident Metz:** Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das Wahlergebnis hat mich etwas überwältigt, das muß ich gestehen. Außerdem haben Sie gemerkt, daß ich mich selbst auch gewählt habe. Das mache ich immer so seit Adenauers Zeiten.

(Heiterkeit)

Sie haben mich zum Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft gewählt. Das ist für mich eine große Ehre, und ich habe diese Wahl sehr gern angenommen. Sie können mit dieser Wahl die Erwartung verbinden, daß ich der Präsident aller Abgeordneten sein möchte, daß ich mich dafür einsetze, daß die Rechte und das Ansehen des Parlaments gewahrt und, wenn möglich, gemehrt werden und daß das Verständnis der Menschen für unser parlamentarisches System gestärkt wird. Ich kann Ihnen nicht versprechen, daß das immer gelingt, aber ich möchte Ihnen versprechen, daß ich mich darum bemühen werde.

Mein Vorgänger, Herr Dr. Klink, der morgen Abend hier im Hause verabschiedet werden wird, hatte große parlamentarische Stiefel an. Wenn jemand länger im Amt war als jeder andere Präsident eines deutschen Parlaments zu irgendeiner Zeit, dann ist es für keinen Nachfolger leicht, in solche Stiefel zu schlüpfen. Ich werde morgen Abend eine Rede auf den scheidenden Präsidenten hier im Hause halten, aber ich betone bereits jetzt unmittelbar nach meiner Wahl diese einmalige kontinuierliche Leistung.

(B)

(Beifall)

Nicht nur der alte Präsident, sondern auch der übrige Vorstand der letzten Legislaturperiode ist aus dem Amt geschieden, und so gebührt unser aller Dank auch den Vizepräsidenten Frau Bernbacher und Ulrich Nölle

(Beifall)

und den Schriftführern der vergangenen Legislaturperiode, Frau Lenz, Frau von Schönfeldt und Herrn Ravens.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich bei dem Alterspräsidenten Werner Lenz, daß er zwar mit gebrochenem Bein, aber ungebrochenem politischen Bewußtsein dieses Parlament auf den Weg gebracht hat. Lieber Herr Lenz, herzlichen Dank und gute Besserung!

(Beifall)

Der Senat, der heute nachmittag von der Bremischen Bürgerschaft gewählt werden soll, wird von einer großen Koalition, also von den beiden großen Fraktionen dieses Hauses, getragen. Erlauben Sie mir vor diesem Hintergrund, daß ich zunächst ein

paar Worte zur Rolle der Opposition sage! Die folgenden Sätze entnehme ich einer Broschüre, die 1971 aus Anlaß des fünfundzwanzigjährigen Bestehens der Bremischen Bürgerschaft nach dem zweiten Weltkrieg erschienen ist. Diese Sätze lauten:

„In einem parlamentarischen Regierungssystem, wie es sich in den westlichen Demokratien herausgebildet hat, kommt der Opposition in der Tat eine ganz besondere Bedeutung zu. Es stehen sich nicht mehr auf der einen Seite die Regierung und auf der anderen Seite das Parlament als Ganzes gegenüber, sondern die Polarität besteht vielmehr zwischen Regierung plus Mehrheitsfraktionen auf der einen und parlamentarischer Opposition auf der anderen Seite. Im Interesse eines modernen Parlamentarismus muß also alles getan werden, um die Opposition institutionell und technisch in den Stand zu versetzen, ihre Aufgabe wirksam zu erfüllen.“

Meine Damen und Herren, diese Sätze stammen von einem gewissen Reinhard Metz, einem damals noch jüngeren Journalisten, der 1971 zum ersten Mal für die Bürgerschaft kandidierte. Vielleicht würde ich heute manches etwas anders formulieren, aber die Grundaussage entspricht immer noch meiner Überzeugung. Ein möglicher Mangel großer Koalitionen ist, daß zu Recht oder zu Unrecht das zahlenmäßige Ungleichgewicht zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen problematisiert wird. Das ist der Grund, warum ich mich zunächst an Sie, meine Damen und Herren aus den Oppositionsfraktionen, wende und Ihnen zusichere, daß ich die Sätze, die ich vor knapp 25 Jahren geschrieben habe, auch heute nicht vergessen habe.

(C)

(D)

(Beifall)

Meine Damen und Herren, gerade in Bremen ist das Grundprinzip der Gewaltenteilung nicht besonders ausgeprägt. Vor allem das Deputationswesen stellt eine starke Verklammerung und Vermischung von Bürgerschaft und Senat dar, die der oft geforderten Transparenz in öffentlichen Dingen nicht gerade förderlich ist. Deputationen können Parlamentsausschüsse nicht ersetzen, denn es glaubt niemand, daß ein Gremium unter dem Vorsitz eines Senators besonders geeignet sein soll, den Senat zu kontrollieren.

In dieser jetzt beginnenden Legislaturperiode sollte sorgfältig geprüft werden, ob wir hier im und beim Parlament die nötige Infrastruktur personeller und räumlicher Art schaffen können, um mittelfristig auf staatlicher Ebene, nicht auf städtischer, aber auf staatlicher Ebene, die Deputationen durch Parlamentsausschüsse zu ersetzen.

(Beifall)

Im übrigen wird dieses Parlament um so mehr Akzeptanz bei der Bevölkerung finden, je mehr die Bürgerinnen und Bürger Bremens und Bremerhavens den Eindruck haben, daß das, was hier beraten wird,

- (A) etwas mit ihren Sorgen und Problemen zu tun hat. Dazu gehört auch eine Sprache, die normale Menschen verstehen können. Dazu gehört auch, daß man den Eindruck vermeidet, man streite sich nur um des Streites willen.

Die vor uns liegenden vier Jahre des Sanierungszeitraums werden von diesem Parlament harte Entscheidungen verlangen, der Alterspräsident hat darauf hingewiesen. Nicht nur Senatoren, auch Abgeordnete werden Druck aushalten müssen. Damit sie ihn aushalten können, sind sie auf Zeit mit Unabhängigkeit ausgestattet. Ich wünsche mir, daß eine Legislaturperiode vor uns liegt, in der die Mitglieder dieses Hauses nicht mit gesenktem Kopf, sondern jederzeit erhobenen Hauptes das Parlament betreten können, als selbstbewußte Frauen und Männer, die von den Bürgerinnen und Bürgern auf Zeit gewählt worden sind, um in Verantwortung das Richtige zu entscheiden. In diesem Sinne wünsche ich uns gemeinsam viel Erfolg zum Wohle unseres Landes. — Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu weiteren Wahlen.

b) Wahl der Vizepräsidenten

- (B) Es sind zwei Wahlvorschläge eingereicht worden, und zwar von der Fraktion der SPD der Abgeordnete Claus Dittbrenner und von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Dr. Hermann Kuhn.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Es ist vereinbart worden, auch diese Wahl gemäß Paragraph 58 unserer Geschäftsordnung als geheime Wahl in Wahlkabinen durchzuführen. Damit gelten dieselben Verfahrenshinweise, die bereits bei der Wahl des Präsidenten gegeben worden sind. Ich gehe davon aus, Sie sind einverstanden, daß ich dies nicht alles wiederhole, was Herr Lenz schon so übertrefflich dargeboten hat. Da hier bei einem Wahlgang zwei Mandate zu vergeben sind, darf jeder Abgeordnete bis zu zwei Kennzeichnungen machen. Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß das Wahlverfahren klar ist, so daß wir die Wahl durchführen können.

Ich bitte jetzt die Abgeordneten Waltraud Hammerström und Bernd Ravens, an der Ausgabestelle beziehungsweise an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Ich komme dann zum Namensaufruf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, hat jede und jeder Abgeordnete die Stimme abgegeben?

Das ist der Fall.

Dann ist der Wahlgang beendet.

- (C) Ich bitte die Schriftführer, ihres Amtes zu walten.
Ich unterbreche die Sitzung für 15 Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung 11.45 Uhr)

*

Präsident Metz eröffnet die Sitzung wieder um 12.00 Uhr.

Präsident Metz: Meine Damen und Herren, ich gebe das Wahlergebnis zweier Vizepräsidenten bekannt. Ausgegebene Stimmzettel 98, abgegebene Stimmzettel 98, vernichtete Stimmzettel null.

Es haben die erforderliche Mehrheit gemäß Paragraph 9 Absatz 1 der Geschäftsordnung erhalten: Claus Dittbrenner 88 Jastimmen,

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

neun Neinstimmen, eine Enthaltung, keine Stimme ungültig; auf Dr. Hermann Kuhn entfielen 84 Jastimmen,

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (D) fünf Neinstimmen, vier Enthaltungen, ebenfalls keine Stimme ungültig.

Ich frage die soeben Gewählten, ob sie die Wahl annehmen: Claus Dittbrenner?

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

Herr Dr. Kuhn?

(Abg. Dr. Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die beiden Vizepräsidenten haben die Wahl angenommen. Ich gratuliere Ihnen von hier aus, und ich versichere Ihnen, daß ich mit Ihnen fair und vertrauensvoll zusammenarbeiten möchte. Alles Gute!

(Beifall)

Ich sage noch einmal, falls Aufklärung notwendig ist, das Stimmergebnis, das hier verkündet ist, ist richtig. Wenn manche Leute denken, es fehle irgendwo eine Stimme, dann liegt das daran, daß man zwei Stimmen ankreuzen darf, aber nicht muß, daß es Stimmzettel gibt, auf denen nur einer angekreuzt ist,

- (A) und der Stimmzettel ist natürlich gültig. Nur kommt man, wenn man das nicht weiß, mit dem kleinen Einmaleins durcheinander. Also, es ist klar!

c) Wahl der Schriftführer

Für die Wahl der drei Schriftführerinnen beziehungsweise Schriftführer sind folgende Wahlvorschläge eingereicht worden: Von der CDU-Fraktion wurde die Abgeordnete Catrin Hannken vorgeschlagen, von der AFB-Fraktion der Abgeordnete Ludwig Hettling und von der SPD-Fraktion die Abgeordnete Marlies Marken.

Gibt es weitere Vorschläge? — Das ist nicht der Fall.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, im Prinzip gilt auch hier das gleiche Verfahren wie bei den Wahlen des Präsidenten und der Vizepräsidenten. Wir haben uns darüber verständigt, daß wir auch in diesem Fall Kabinenvwahl vornehmen. Jeder kann also jetzt bis zu drei Kreuze auf diesem Stimmzettel machen.

Ich bitte also wieder in bewährter Form die Abgeordnete Waltraud Hammerström und den Abgeordneten Bernd Ravens, an der Ausgabestelle für die Stimmzettel beziehungsweise an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Wir kommen zum Namensaufruf.

- (B) (Es folgt der Namensaufruf.)

Haben alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? — Dann ist der Wahlgang beendet. Ich bitte jetzt die Schriftführer, wieder in Aktion zu treten.

Die Sitzung wird erneut für zehn bis 15 Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung 12.30 Uhr)

*

Präsident Metz eröffnet die Sitzung wieder um 12.46 Uhr.

Präsident Metz: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe die Wahlergebnisse zur Wahl dreier Schriftführer beziehungsweise Schriftführerinnen bekannt. Ausgegebene Stimmzettel 98, abgegebene Stimmzettel 98, kein Stimmzettel vernichtet. Die erforderliche Mehrheit gemäß Paragraph 9 Absatz 1 der Geschäftsordnung ist erreicht.

Auf Catrin Hannken entfielen 92 Jastimmen,

(Beifall)

drei Neinstimmen, eine Enthaltung.

Auf Marlies Marken entfielen 84 Jastimmen,

(Beifall)

zehn Neinstimmen, drei Enthaltungen.

Auf Ludwig Hettling entfielen 60 Jastimmen, 27 Neinstimmen und zwei Enthaltungen.

(Beifall)

Ich frage die Gewählten, ob sie die Wahl annehmen.

Catrin Hannken?

(Abg. Frau H a n n k e n [CDU]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

Marlies Marken?

(Abg. Frau M a r k e n [SPD]: Ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

Ludwig Hettling?

(Abg. H e t t l i n g [AFB]: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch!

Meine beiden Damen, mein Herr, herzlichen Glückwunsch! Ich bin sicher, wir werden gut zusammenarbeiten. Ich biete Ihnen das an, und ich bin ganz hoffnungsvoll. Alles Gute!

Meine Damen und Herren, damit haben Sie Ihren Vorstand komplettiert und komplett gewählt.

Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft

Antrag der Fraktion BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 30. Juni 1995
(Drucksache 14/5)

Wir verbinden hiermit:

Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes

Antrag der Fraktion BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 30. Juni 1995
(Drucksache 14/4)
1. Lesung

Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD,
der CDU und der AFB
vom 3. Juli 1995
(Drucksache 14/6)
1. Lesung
2. Lesung

sowie

(C)

(D)

(A) **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats sowie des Stellenplans der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1995**

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 3. Juli 1995

(Drucksache 14/7)

1. Lesung

2. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung der Vorlagen mit den Drucksachen-Nummern 14/4 und 14/6, Änderung des Deputationsgesetzes, und 14/7, Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats.

Die gemeinsame Beratung dieser Punkte ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. Mützelburg (BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist guter Brauch in diesem Hause, daß das Parlament zu Beginn seiner Legislaturperiode seine eigene Arbeit organisiert. Wir haben das mit der Wahl des Präsidiums eben getan, und wir setzen es fort mit Vorschlägen zur Änderung der Geschäftsordnung und des Deputationsgesetzes, die ebenfalls die Arbeit dieses Parlaments betreffen.

(B) Ich knüpfe nahtlos an das an, was der neue Präsident in kurzen Worten nach seiner Wahl gesagt hat. Dieses Parlament, in dem eine zahlenmäßig relativ kleine Opposition einem zahlenmäßig großen Regierungsbündnis gegenübersteht, muß, damit es seine Aufgabe noch besser als bisher wahrnehmen kann, vor allen Dingen drei Dinge tun: erstens, seine eigene Arbeit so organisieren, daß es gegenüber dem Senat gestärkt erscheint; zweitens, die Arbeit der Opposition so erleichtern und ermöglichen, daß die Opposition ihre Rechte künftig genauso gut wahrnehmen kann wie zu den Zeiten, als sie zahlenmäßig noch stärker war, und schließlich, das ist für uns BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN besonders wichtig, die parlamentarische Arbeit so gestalten, daß die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, daß die Öffentlichkeit und die Medien stärker daran teilnehmen können, als es bisher möglich war.

Deshalb haben wir Ihnen einige Vorschläge zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen und zur Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft vorgelegt. Ich will hier nur knapp auf vier Punkte eingehen!

Erstens: Es ist bisher nicht gelungen, aber von der Mehrheit dieses Hauses offenbar gewünscht, die Arbeit des Parlaments künftig, wie auch in anderen Parlamenten, vor allem in Ausschüssen zu organisieren. Der Präsident hat vorhin gesagt, die Deputationen sind nicht gerade ein besonders geeignetes Instrument, den Senat zu kontrollieren, zumal der Senat selbst in diesen Deputationen sitzt.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Wir schlagen diesem Parlament vor, wenigstens einen ersten Schritt zur Selbständigkeit des Parlaments, auch in der Arbeit der Deputationen, zu gehen, vor allen Dingen dadurch, daß wir die ureigensten Rechte des Parlaments, auch in den Deputationen, die in unserer Verfassung und der Geschäftsordnung durchaus als Ausschüsse bezeichnet werden, so regeln, wie es unseren Aufgaben entspricht, nämlich bei der Aufstellung des Haushaltes in den Deputationen und insbesondere bei der Behandlung von Gesetzen in den Deputationen allein die Mitglieder der Bürgerschaft, die Vertreter der Bürgerschaft — es gibt natürlich auch Nichtabgeordnete, die Vertreter der Bürgerschaft sind —, stimmberechtigt sein zu lassen.

Dieser Vorschlag sagt nach unserer Meinung, und ich glaube, das leuchtet hier jedem ein, die Rechte des Parlaments werden gestärkt, und in diesen Punkten wird der Senat bei der parlamentarischen Beratung herausgehalten. Die Trennung von Exekutive und Legislative wird dem verfassungsrechtlichen Anspruch gemäß auch in Bremen endlich eingeführt.

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens schlagen wir vor, das geht in die gleiche Richtung, grundsätzlich die Vertretung des Senats in den Deputationen zu verkleinern. Wir können ihren Charakter als Verwaltungsausschüsse, solange wir Deputationen haben, nicht abschaffen — insofern muß der Senat daran beteiligt sein —, aber wir schlagen dem Parlament vor, doch künftig den Fachsenator oder notfalls einen ihn vertretenden Senator oder den Vertreter im Amt zum Vorsitzenden der Deputation zu machen und darüber hinaus keine weiteren Senatsvertreter in den Deputationen zu belassen.

Das stärkt die Rechte der Opposition, weil es klar ist in der jetzigen Situation, aber es kam gelegentlich auch in Koalitionen vor, bei knappen Mehrheiten in Deputationen gaben immer die Stimmen der Senatoren den Ausschlag und verhalfen der Regierung zur Mehrheit.

Wir wünschen, daß dieses Verhältnis wenigstens so gestaltet wird, daß zwar der Charakter der Deputationen erhalten bleibt, aber dennoch die Rechte der hier vom Parlament gewählten Vertreter in den Deputationen verstärkt werden. Recht verstanden, kann das auch im Interesse der Regierungsfaktionen sein.

Des weiteren schlagen wir vor, das steht noch nicht in unserem Antrag, aber wir werden es in die Debatte einbringen, daß künftig zur Einberufung von Deputationssitzungen 25 Prozent der Mitglieder einer Deputation genügen. Wir haben das in anderen parlamentarischen Gremien auch. Die jetzige Regelung, die darüber hinausgeht, bedeutet, daß die Oppositionsfaktionen in diesem Hause keine Chance haben, eine Deputationssitzung aus eigener Kraft

(C)

(D)

- (A) einzuberufen. Wir werden diesen Antrag im Fortgang der Beratungen noch stellen.

Zur Geschäftsordnung will ich nur einen Punkt hervorheben. Wir schlagen vor, Paragraph 63 Absatz 6 der Geschäftsordnung wie folgt zu ändern: „Die Sitzungen der Ausschüsse sind in der Regel öffentlich. Die Ausschüsse können beschließen, zu einzelnen Verhandlungsgegenständen nichtöffentlich zu tagen.“

Ich weiß nicht, ob es allen Parlamentariern bekannt ist, auch jetzt können die Ausschüsse öffentlich tagen, es muß zu Beginn der Legislaturperiode festgestellt werden. Wir möchten gern, und damit stehen wir in Übereinstimmung mit den Reformbestrebungen, die im Deutschen Bundestag derzeit angestellt werden, die Sitzungen grundsätzlich öffentlich machen, damit sowohl fachkundige interessierte Bürger als auch vor allen Dingen die Medien direkten Zugang haben und wir Parlamentarier auch gezwungen sind, uns mit vielen Anliegen, die in Deputationen auftauchen, ein klein wenig ernsthafter und öffentlicher und etwas bewußter zu befassen, als wir es manchmal tun. Wer weiß, wie in den Deputationen viele Punkte schnell abgehandelt werden, natürlich auch, weil Regierungsmehrheiten es so festgelegt haben und gesagt wird, was lohnt denn hier die Debatte, der wird sich noch einmal überlegen müssen, ob das richtig ist, wenn die interessierte Öffentlichkeit oder die Medien bei spannenden Tagesordnungspunkten dabei sind.

- (B) (Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, daß uns entgegengehalten wird, das kompliziert die Arbeit, macht viel Aufregung und lohnt sich am Ende nicht. Ich denke, ein Experiment ist es nicht, sondern es ist den Versuch in der Praxis wert. Deswegen möchte ich noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, daß es keine Bremensie wäre. Frau Präsidentin Süßmuth und Vizepräsident Klose haben am 13. Juni dieses Jahres in einer öffentlichen Pressekonferenz ihre Vorstellungen zur Reform der parlamentarischen Arbeiten in Bonn dargelegt. Dort haben sie ausdrücklich öffentlich erklärt, das ist nachlesbar, daß künftig die Ausschüsse des Parlaments, insbesondere deshalb, um auch bei den Fachdebatten fachlich interessierte Bürger und die Medien einzubeziehen, öffentlich gestaltet werden sollen.

Ich glaube, was in Bonn künftig möglich sein soll, kann ein Stadtstaat sich nicht nur leisten, sondern es ist in einem Zwei-Städte-Staat, in dem die Bürger sowieso näher an der Politik sind und in dem die Bürger einen dringenden Wunsch haben, unsere Politik zu kontrollieren, erst recht möglich und meiner Meinung nach auch notwendig.

(Vizepräsident Dittbrenner übernimmt den Vorsitz.)

Wir legen Ihnen diese Anträge zur Beschlußfassung vor. Wir wissen, daß es Brauch ist, Änderungen

der Geschäftsordnung und des Deputationsgesetzes zu Beginn einer Legislaturperiode in den zuständigen Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen. Ich beantrage das hier. Es ist eingangs schon vom Präsidenten mitgeteilt worden, daß wir so verfahren. Ich hoffe, daß wir Sie in den Beratungen gemeinsam überzeugen, dann im Herbst entsprechende Änderungen von Deputationsgesetz und Geschäftsordnung hier zu beschließen.

(Beifall beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dittbrenner: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Isola.

Abg. Isola (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal zu dem Antrag der Fraktion BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Änderung des Gesetzes über die Deputationen! Herr Mützelburg hat gesagt, und das ist richtig, wir haben in der Novellierung der Landesverfassung die Möglichkeit geschaffen, außer den Deputationen auch Parlamentsausschüsse einzurichten. Nun steht es in der Tat an, in dieser Legislaturperiode darüber zu entscheiden, wo wollen wir diese Novellierung umsetzen. Ich finde, das sollten wir auch in Ruhe beraten und das einmal in den einzelnen Deputationen, die womöglich dafür in Betracht kommen, ich sage zum Beispiel, in einer staatlichen Deputation wie Justiz, in den nächsten Wochen und Monaten überlegen, ob das denn sinnvoll ist.

Ich habe nun allerdings Bedenken, sogenannte Zwischenschritte zu unternehmen, die uns womöglich in ein verfassungsrechtlich unübersichtliches Gelände führen.

(Abg. Mützelburg [BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach!)

Ja! Wenn wir das vollziehen, was wir in der Verfassungsänderung beschlossen haben, schaffen wir klare Verhältnisse, hier Parlamentsausschüsse, dort Deputationen. Bei dem, was Sie aber zum Beispiel vorschlagen, Herr Mützelburg, in Paragraph 14 Absatz 3 den Absatz einzufügen, bei der Behandlung von Gesetzen und bei der Aufstellung des Haushalts sollten nur noch die Vertreter der Bürgerschaft stimmberechtigt sein — das alles ja im Rahmen einer Deputation —, kommen wir zu einem gespaltenen Stimmrecht innerhalb einer Deputation, das nicht unproblematisch ist.

(Abg. Dr. Kuhn [BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist auch nicht das Problem!)

Wir kommen damit in eine merkwürdige Situation, insbesondere bei einer Frage, über die wir uns dann auch einmal im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß unterhalten müßten. Ist das nicht eigentlich das Gesetzesinitiativrecht, das hier zur Rede

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) steht? Es geht hier um die Einbringung eines Gesetzes und noch nicht um die Beschlußfassung, und auch bei der Aufstellung des Haushalts geht es um eine Initiative. Da hat im Grunde genommen die Legislative noch gar nichts verloren. In anderen Parlamenten sind die Parlamentsausschüsse überhaupt nicht beteiligt, das ist ja die merkwürdige bremische Verfassungskonstruktion.

Nun soll aber die Exekutive beim ersten Akt der Gesetzgebung völlig ausgeschlossen werden, nämlich bei der Gesetzesinitiative. Ich denke, das gilt es einmal sorgfältig zu beraten, und ich möchte hier doch Bedenken anmelden, ob der Weg, den Sie hier vorgeschlagen haben, so richtig ist.

Zu den anderen Punkten zum Deputationsgesetz sage ich nichts, weil Sie diese auch nicht weiter begründet haben. Wir sind aber natürlich mit einer Überweisung einverstanden.

Zur Änderung der Geschäftsordnung haben Sie sich auf den Punkt „Sitzung der Ausschüsse“ bezogen, ob diese in der Regel öffentlich sind. In der Tat ist es richtig: Wir haben den Passus „in der Regel nichtöffentlich“ in Artikel 105 der Landesverfassung gestrichen, haben dort aber offengelassen, wie das künftig geschehen soll.

(B) Wir haben aber einstimmig kurz vor Schluß der letzten Legislaturperiode, nämlich in der siebzigsten Sitzung am 23. Februar 1995, eine Änderung der Geschäftsordnung beschlossen. Übrigens ist das Absatz 5, wenn ich Sie kollegial darauf hinweisen darf, nicht Absatz 6 der Geschäftsordnung, Paragraph 63. Wir haben gesagt: Die Ausschüsse entscheiden zu Beginn ihrer Arbeitsaufnahme darüber, ob sie grundsätzlich öffentlich oder nichtöffentlich tagen. Ich erinnere mich, auch dies hat lange Auseinandersetzungen gegeben, bis wir uns auf diese Formulierung verständigt haben. Wir haben es noch nicht einmal ausprobiert.

Wir sollten jetzt damit anfangen, es einmal den Ausschüssen zu überlassen, aber bitte auch mit der Intention, daß sie es auch einmal wagen, dieses Terrain zu betreten, und nicht sagen, wir machen das wie bisher nichtöffentlich, damit hier jetzt auch einmal Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt werden. Ich stimme Ihnen, Herr Mützelburg, grundsätzlich zu, es ist wichtig, unsere Arbeit hier im Parlament transparenter zu machen. Es gibt ja nichts Geheimnisvolleres als Plenarsitzungen. Die Reden werden meistens kaum zur Kenntnis genommen, es sei denn, wir prügeln uns hier.

In der Tat fallen die Vorentscheidungen und finden die häufig interessanteren Diskussionen statt in den Parlamentsausschüssen. Hier ist es durchaus angezeigt, auch einmal öffentlich zu machen, wie hier um einzelne Lösungen gerungen wird. Das sieht ja jetzt auch die Geschäftsordnung vor, und hier sollten wir Erfahrungen sammeln. Aber auch hierüber wird im Verfassungs- und Geschäftsordnungsaus-

schuß noch zu reden sein. Auch hier sind wir mit einer Überweisung einverstanden. (C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dittbrenner: Vielen Dank! Der nächste Redner ist der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. Pflugradt (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur einige Bemerkungen machen!

Erste Bemerkung: Wir als CDU-Fraktion werden auch noch eigene Vorschläge einbringen im Hinblick auf die Geschäftsordnung und auf das Deputationsgesetz. Bisher war nicht ausreichend Zeit, dies eingehend zu beraten. Insofern kündige ich da Initiativen meiner Fraktion an.

Das zweite: Herr Mützelburg, Sie haben einen Vorschlag nachgeschoben — er liegt uns hier nicht schriftlich vor —, daß es möglich sein müsse, den Oppositionsfraktionen das Recht einzuräumen, eine Deputation und einen Ausschuß einzuberufen. Das ist ein Minderheitenrecht, das ist bei uns bisher nicht diskutiert worden. Ich kann hier nur meine persönliche Meinung sagen, ich glaube aber auch, daß meine Fraktion das ähnlich sieht: Wenn wir hier eine solche große Koalition haben und wir so stark sind, dann muß es möglich sein, daß die beiden kleinen Fraktionen solch ein Minderheitenrecht durchsetzen können.

(Beifall bei der CDU, beim BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der AFB) (D)

Wir sind damit einverstanden, daß der Antrag zur Geschäftsordnung und der Antrag zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen an den Verfassungs- und Geschäftsausschuß überwiesen werden.

Ich will schon jetzt sagen, daß wir mit zwei Dingen Probleme haben: Das ist einerseits die Frage, ob Sitzungen der Ausschüsse in der Regel öffentlich sind, und andererseits das Recht zur Akteneinsicht für jeden Abgeordneten. Das letztere hatten Sie schon einmal beantragt, darauf haben Sie im Hinblick auf den Einzug der Rechten 1991 verzichtet. Ich glaube nicht, daß man es immer davon abhängig machen sollte, ein solches Recht auf Akteneinsicht dann nur in einem Deputationsgesetz zu verankern, wenn es einem gerade paßt, sondern das muß man schon prinzipiell lösen. Sie haben Ihren prinzipiellen Pfad da auch selbst verlassen. Insofern, glaube ich, muß man darüber doch noch einmal sehr eingehend diskutieren, ob man das so macht oder ob man da andere Quoren findet. Ich glaube nicht, daß man das so formulieren und festschreiben kann, wie Sie es hier gemacht haben.

Das nächste, bei dem ich Bedenken habe, ist die Frage, ob Ausschüsse in der Regel öffentlich tagen sollen. In Niedersachsen gibt es das in den Kommu-

- (A) nalparlamenten, und die Erfahrungen sind da nicht sehr positiv. Das wird im übrigen von allen Parteien geteilt. Ich glaube, daß da dann auch häufig Schaukämpfe veranstaltet werden.

Wenn man die Meinungen Dritter einbeziehen will, dann, finde ich, sollten Ausschüsse viel mehr Anhörungen machen, so wie das in Bonn im übrigen auch üblich ist. Wenn Gesetzesvorhaben eingebracht werden, dann werden von den Ausschüssen zu fast allen Gesetzesvorhaben Anhörungen gemacht. Da werden die Verbände, Institutionen einbezogen, sie können dann auch ihre Meinung kundtun. Das ist eine andere Form, über die man eher diskutieren soll. Über die anderen Fragen, die Sie angesprochen haben, muß man, glaube ich, sehr eingehend diskutieren.

Ich will noch zwei Bemerkungen zu dem Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes machen, damit das nicht ganz untergeht! Wir reduzieren ja, ich will es noch einmal ausdrücklich erwähnen, die Zahl der Deputationen von 17, beziehungsweise eine achtzehnte war ja in der letzten Legislaturperiode angedacht, auf 13 Deputationen. Wir reduzieren die Zahl der Deputierten erheblich, und mit dem Senatsgesetz, meine Damen und Herren, verändern wir ja auch die Zahl der Senatoren.

Eine große Koalition reduziert die Zahl der Senatoren von elf auf acht. Daß eine große Koalition auf der Regierungsebene die Mitgliederzahl einer Regierung reduziert, das ist wirklich beispielhaft!

(B)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich glaube, es ist auch notwendig, daß wir das tun, damit deutlich wird, daß wir das Sparen ernst meinen, und damit sparen wir ja auch wirklich etwas.

Insofern möchte ich das auch noch einmal positiv hervorheben, und deswegen werden wir mit Freude diesen beiden Gesetzesänderungen zustimmen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dittbrenner: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lojewski.

Abg. Lojewski (AFB): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich möchte den letzten Gedanken des Kollegen Pflugradt aufgreifen und, jedenfalls für die Fraktion der AFB, ankündigen, daß wir nach der Sommerpause initiativ werden, um auch eine Reduzierung des Parlaments in der nächsten Legislaturperiode durchzusetzen. Meine Damen und Herren, das ist ein wichtiger Punkt, den das Parlament regeln muß, und wir werden dies ohne Wenn und Aber angehen.

Meine Damen und Herren, es wurde eben viel vom Einstieg geredet, es wurde viel davon geredet, klare Verhältnisse zu schaffen. Ich will keine großen und

*) Vom Redner nicht überprüft.

langen Worte machen, aber ich möchte ankündigen, daß wir die Frage der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen jetzt probieren werden. Wir werden nicht die Beratungen im Verfassungs- und Geschäftsausschuß abwarten, sondern wir werden, sobald die Ausschüsse zusammentreten, entsprechend der bestehenden Geschäftsordnung beantragen, daß diese öffentlich tagen.

(Beifall bei der AFB und beim BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Warum werden wir das tun? Wir alle wissen, daß in der nächsten Legislaturperiode eine Vielzahl von Opfern abverlangt werden muß, nicht nur Opfer, was die Anzahl der Senatsressorts oder die Anzahl der Deputationsmitglieder oder die Anzahl der Parlamentarier angeht, sondern Opfer von den Menschen, die wir vertreten wollen. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir dies nicht gegen diese Menschen tun können, sondern nur mit ihnen, und daß wir mehr als bisher auf die Menschen zugehen müssen, ihnen dies erklären müssen und sie auch an unseren Beratungsabläufen teilhaben lassen müssen. Deswegen ist es wichtig, öffentliche Ausschusssitzungen zu organisieren.

Zu den Deputationen! Wir alle meinen, unser parlamentarisches System ist ein Fossil aus früheren Zeiten, weil es die zwitterhafte Stellung der Deputationen gibt. Wir alle meinen das, wir reden auch sehr lange darüber, ich habe auch früher darüber geredet, aber es passiert nichts. Es passiert zu Beginn dieser Legislaturperiode strukturell auch nichts aus nachvollziehbaren Spargesichtspunkten. Dann sollten wir aber doch wenigstens zusammenstehen, wenn es darum geht, die altertümlichsten Erscheinungen dieses Deputationsgesetzes zu verändern. Dazu gehört, daß dann, wenn Gesetze und Haushalt beschlossen werden, das Parlament dies unter sich tut, wie es in anderen Parlamenten, in modernen Parlamenten, auch der Fall ist.

(Beifall bei der AFB und beim BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich habe da überhaupt keine verfassungsrechtlichen Berührungsängste! Mein Gott, wir probieren es, wir schauen, es wird klappen. Es stärkt die Rechte der Opposition, das ist richtig, aber da brauchen Sie doch nun wahrlich bei der Deputationszusammensetzung zahlungsmäßig keine Befürchtungen zu haben — —.

(Zurufe: Zahlungsmäßig? — Heiterkeit)

Zahlenmäßig, Entschuldigung! Zahlungsmäßig auch nicht, was nämlich die Bezahlung der Deputationen angeht! Sie brauchen da keine Befürchtungen zu haben. Wenn dies verfassungsrechtlich nicht angegriffen wird, wenn Sie es nicht selbst zu einem Diskussionspunkt machen, dann wird es auch klappen.

(C)

(D)

- (A) Wir unterstützen die Anträge der GRÜNEN, und wir werden mit dafür eintreten, daß es im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß eine zügige Beratung gibt.

Wir erwarten von dieser zahlenmäßig überwältigenden Mehrheit, daß dies, was der Präsident zunächst gesagt hat, nämlich unter modernen Bedingungen in einer modernen Demokratie die Rechte der Opposition zu stärken, dann auch in die Tat umgesetzt wird, denn die Taten zählen, und nicht die Worte! — Vielen Dank!

(Beifall bei der AFB und beim BUNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dittbrenner: Meine Damen und Herren, habe ich eine Wortmeldung übersehen? — Das ist nicht der Fall.

Dann ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die Drucksache 14/5 abstimmen. Bei diesem Antrag ist Überweisung an den noch zu wählenden Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß beantragt worden.

Wer dieser Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist dies so beschlossen.

(B)

(Einstimmig)

Bei dem Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes mit der Drucksachen-Nummer 14/4 ist Unterbrechung der ersten Lesung und Überweisung an den noch zu wählenden Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß beantragt worden.

Wer die erste Lesung des Gesetzes zur Änderung des Deputationsgesetzes, Drucksache 14/4, unterbrechen und das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den noch zu wählenden Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist dies ebenfalls so beschlossen.

(Einstimmig)

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes mit der Drucksachen-Nummer 14/6.

Wer dieses Gesetz in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist dies so beschlossen.

(Einstimmig)

Wir haben also dieses Gesetz in erster Lesung beschlossen, meine Damen und Herren.

Es ist beantragt worden, das Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes in erster und zweiter Lesung zu behandeln.

Ich lasse nun zunächst darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist dies so beschlossen.

(Einstimmig)

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes, Drucksache 14/6, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist dies ebenfalls einstimmig von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats, Drucksache 14/7.

(D)

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft beschließt die Änderung des Gesetzes in erster Lesung.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, auch hier ist beantragt, das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats in erster und zweiter Lesung zu behandeln.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob wir die zweite Lesung durchführen wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist es so beschlossen.

(Einstimmig)

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

- (A) Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats mit der Drucksachen-Nummer 14/7 in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ich stelle fest, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir danach die Voraussetzungen für den weiteren Tagesordnungspunkt geschaffen haben, nämlich zur Wahl der Landesregierung, des Senats, und zur Wahl der Deputationen.

Es ist, glaube ich, interfraktionell und auch mit den Vertretern der Presse vereinbart, daß dies pünktlich um 14.30 Uhr stattfinden soll. Das heißt, eine Verlängerung der anstehenden verkürzten Mittagspause ist nicht vorgesehen.

Ich bitte Sie alle, meine Damen und Herren, pünktlich um 14.30 Uhr wieder im Plenarsaal zu sein.

Bis dahin unterbreche ich die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Unterbrechung der Sitzung 13.17 Uhr)

*

(B)

Präsident Metz eröffnet die Sitzung wieder um 14.31 Uhr.

Präsident Metz: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Bevor wir wieder in die Tagesordnung eintreten, begrüße ich eine Delegation russischer Frauen in Begleitung von Frau Tatjana Chipulow.

(Beifall)

Sie ist Dozentin an der Lomonossow-Universität Moskau und nimmt mit weiteren zehn russischen Frauen an einer politischen Weiterbildung im Bereich Frauenpolitik im Jugendhof Steinkimmen teil.

Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall)

Außerdem ist eine Gruppe vom Bund der Vertriebenen auf dem Besucherrang anwesend, die ich recht herzlich begrüßen möchte.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor wir zur Wahl des Senats kommen, möchte ich Ihnen mitteilen, daß der Senat das Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes und das Gesetz zur Änderung des Gesetzes

über die Mitgliederzahl des Senats sowie des Stellenplans der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1995 mit dem heutigen Datum verkündet hat. Wir können also jetzt nach dem von uns beschlossenen Gesetz verfahren.

(C)

Wahl des Senats

Diese Wahl wird in zwei Abschnitten durchgeführt. Wir kommen zu

a) Wahl des Präsidenten des Senats.

Gemäß Artikel 107 Absatz 2 der Landesverfassung wird zunächst der Präsident des Senats in einem gesonderten Wahlgang gewählt.

Für die Wahl des Präsidenten des Senats hat die Fraktion der SPD Herrn Senator Dr. Henning Scherf vorgeschlagen. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht, nehme ich an.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Meine Kolleginnen und Kollegen, im Prinzip gilt auch hier das gleiche Verfahren wie bei den Wahlen des Vorstands der Bürgerschaft heute vormittag. Wir haben uns darüber verständigt, daß wir auch hier geheime Wahl in Wahlkabinen vornehmen. Sie haben also die Möglichkeit, Ja, Nein oder Stimmenthaltung anzukreuzen. Sie müssen also die entsprechende Rubrik Ihrer Wahlentscheidung ankreuzen.

Die Ausgabe der Stimmzettel und Wahlumschläge erfolgt nach Namensaufruf — wir haben das heute morgen ja schon geübt — an dem Tisch rechts neben den Wahlkabinen.

Wir kommen zur Wahl.

Meine Damen und Herren, ich eröffne den Wahlgang. Ich rufe jetzt alle Abgeordneten nach dem Alphabet namentlich auf und bitte die so aufgerufenen Damen und Herren, die Wahl vorzunehmen. Gleichzeitig bitte ich die Schriftführer Catrin Hannken und Marlies Marken, an der Ausgabe der Stimmzettel und an der Wahlurne Platz zu nehmen.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Ich unterbreche jetzt die Sitzung zur Feststellung des Ergebnisses.

(Unterbrechung der Sitzung 14.57 Uhr)

*

Präsident Metz eröffnet die Sitzung wieder um 15.04 Uhr.

Präsident Metz: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

(D)

- (A) Ich gebe das Wahlergebnis zur Wahl des Präsidenten des Senats bekannt. Abgegebene Stimmen 98, vernichtete Stimmzettel keiner. Mit Ja für Herrn Dr. Henning Scherf stimmten 71,

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

mit Nein stimmten 27, keine Enthaltungen.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß Herr Senator Dr. Henning Scherf die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht hat.

Ich frage Herrn Senator Dr. Scherf, ob er die Wahl annimmt.

(Senator Dr. Scherf: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Meinen herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Herzlichen Glückwunsch, Herr Senator! Ich werde die Glückwünsche der Bürgerschaft übermitteln, wenn Sie vereidigt sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen nun zu den weiteren Wahlen.

b) Wahl der übrigen Mitglieder des Senats

- (B) Folgende Vorschläge für die Wahl in den Senat sind gemacht worden: von der SPD-Fraktion Uwe Beckmeyer, Bringfriede Kahrs, Christine Wischer, von der CDU-Fraktion Ralf H. Borttscheller, Ulrich Nölle, Hartmut Perschau, Dr. Bernt Schulte. Diese Wahlvorschläge liegen den Abgeordneten auch schriftlich vor.

Die Beratung über die Wahlvorschläge ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Für das Wahlverfahren gilt das gleiche wie bei der Wahl des Präsidenten des Senats.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß das Wahlverfahren klar ist. Wenn das so ist, dann können wir die Wahl durchführen.

Ich bitte jetzt die Schriftführer Catrin Hannken und Marlies Marken, an der Ausgabestelle beziehungsweise an der Wahlurne wieder Platz zu nehmen.

Damit komme ich erneut zum Namensaufruf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Ich frage, ob alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und ihren Stimmzettel abgegeben haben.

Das ist offenbar der Fall. Ich stelle fest, alle Abgeordneten haben einen Stimmzettel abgegeben.

Damit ist der Wahlgang abgeschlossen.

Ich bitte jetzt die Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen!

- (C) Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag), bis das Auszählungsergebnis vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 15.30 Uhr)

*

Präsident Metz eröffnet die Sitzung wieder um 15.52 Uhr.

Präsident Metz: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe die Wahlergebnisse der übrigen Mitglieder des Senats bekannt.

Ausgegebene Stimmzettel 98, abgegebene Stimmzettel ebenfalls 98. Es gibt weder vernichtete noch ungültige Stimmzettel.

Ich lese nach dem Alphabet vor. Uwe Beckmeyer 71 Jastimmen, 26 Neinstimmen, keine Enthaltung; Ralf Borttscheller 73 Jastimmen, 24 Neinstimmen, keine Enthaltung; Bringfriede Kahrs 70 Jastimmen, 27 Neinstimmen, keine Enthaltung; Ulrich Nölle 83 Jastimmen,

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

15 Neinstimmen, keine Enthaltung; Hartmut Perschau 68 Jastimmen, 28 Neinstimmen, eine Enthaltung; Dr. Bernt Schulte 75 Jastimmen, 21 Neinstimmen, zwei Enthaltungen; Christine Wischer 71 Jastimmen, 27 Neinstimmen, keine Enthaltung.

Ich stelle fest, meine Damen und Herren, daß alle Senatorinnen und Senatoren die erforderliche Mehrheit bekommen haben.

Ich frage jetzt die in den Senat Gewählten, ob sie die Wahl annehmen. Ich frage sie in alphabetischer Reihenfolge.

Beckmeyer, Uwe?

(Senator Beckmeyer: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der SPD)

Borttscheller, Ralf?

(Abg. Borttscheller [CDU]: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Kahrs, Bringfriede?

(Abg. Frau Kahrs [SPD]: Ich nehme die Wahl an, Herr Präsident!)

(D)

(A) Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der SPD)

Nölle, Ulrich?

(Abg. Nölle [CDU]: Herr Präsident, ich
nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der CDU und bei der AFB)

Perschau, Hartmut?

(Herr Perschau: Herr Präsident, ich
nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der CDU und bei der AFB)

Dr. Schulte, Bernd?

(Abg. Dr. Schulte [CDU]: Herr Präsi-
dent, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

(B) (Beifall bei der CDU, bei der SPD
und bei der AFB)

Wischer, Christine?

(Abg. Frau Wischer [SPD]: Herr Präsi-
dent, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der SPD)

Vereidigung des Senats

Ich werde die Eidesformel für alle vorsprechen und
Sie einzeln aufrufen, den Eid zu leisten.

Nach der Landesverfassung haben Sie den Eid vor
der Bürgerschaft zu leisten. Ich spreche Ihnen jetzt
die Eidesformel vor und bitte Sie, in der Reihenfolge
des Namensaufrufs zu mir auf das Präsidium zu kom-
men und den Eid zu leisten!

Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre als Mitglied
des Senats, das Grundgesetz für die Bundesrepublik
Deutschland und die Landesverfassung der Freien
Hansestadt Bremen halten und schützen zu wollen.“

Ich bitte, den Eid zu leisten, und zwar entweder mit
der Formel „Das schwöre ich“ oder „Das schwöre
ich, so wahr mir Gott helfe“!

Dr. Scherf, Henning!

(Bürgermeister Dr. Scherf: Ich schwöre
das, so wahr mir Gott helfe!)Herzlichen Glückwunsch, Herr Bürgermeister! Alles
Gute!

Beckmeyer, Uwe!

(Senator Beckmeyer: Das schwöre ich,
so wahr mir Gott helfe!)

Herzlichen Glückwunsch, Herr Senator!

Borttscheller, Ralf!

(Senator Borttscheller: Das schwöre
ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herzlichen Glückwunsch, Herr Senator!

Kahrs, Bringfriede!

(Senatorin Kahrs: Das schwöre ich!)

Herzlichen Glückwunsch, Frau Senatorin!

Nölle, Ulrich!

(Senator Nölle: Das schwöre ich, so wahr
mir Gott helfe!)

Herzlichen Glückwunsch, Herr Senator!

Perschau, Hartmut!

(Senator Perschau: Das schwöre ich, so
wahr mir Gott helfe!)

Herzlichen Glückwunsch, Herr Senator!

Dr. Schulte, Bernd!

(Senator Dr. Schulte: Das schwöre ich,
so wahr mir Gott helfe!)

Herzlichen Glückwunsch, Herr Senator!

Wischer, Christine!

(Senatorin Wischer: Das schwöre ich!)

Herzlichen Glückwunsch, Frau Senatorin!

Ich bitte, wieder Platz zu nehmen, meine Damen
und Herren!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, den von uns heute ge-
wählten und soeben vereidigten Mitgliedern des Se-
nats spreche ich die Glückwünsche der Bremischen
Bürgerschaft aus.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD
und bei der AFB)

(C)

(D)

(A) Ich wünsche dem Präsidenten des Senats und allen Senatoren für die kommende Legislaturperiode eine erfolgreiche Tätigkeit für unsere Freie Hansestadt Bremen. Vor Ihnen wie vor uns allen liegen schwierige, aber auch schöne Aufgaben. Sie sind allen Bürgerinnen und Bürgern Bremerhavens und Bremens gleichermaßen verpflichtet. Wir müssen gemeinsam die Selbständigkeit unseres Bundeslandes sichern. Sie stehen vor einem neuen und ungewohnten Anfang in einer ungewohnten Koalition. Ihre Verantwortung ist unteilbar. Nehmen Sie mutig und be-

sonnen zugleich diese Verantwortung wahr! Unsere guten Wünsche, meine Damen und Herren aus dem Senat, begleiten Sie dabei.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung. Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). Wir treffen uns morgen vormittag wieder.

(Schluß der Sitzung 16.03 Uhr)

(C)

(B)

(D)

